



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Werksausschusses des
Gebäudemanagements der Stadt Landau in der Pfalz
am Mittwoch, 05.02.2014,
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 18:20



Anwesenheitsliste

CDU

Heidi Berger

Vertreterin für Herr Dr. Thomas Bals

SPD

Franco Casella

Hermann Demmerle

CDU

Peter Lerch

Vertreter für Herrn Theo Kautzmann
Anwesend bis zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung

SPD

Michael Scheid

Sonja Baum-Baur

Vertreterin für Herr Günter Scharhag

CDU

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Gauer

FDP

Martin Heupel

UBFL

Bertram Marquardt



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Berichterstatter

Michael Götz

Sonstige

Pascal Baum

Alexander Henrich

Klaus Huber

Schriftführer/in

Katharina Jung

Entschuldigt

SPD

Günter Scharhag

Vertreterin Frau Sonja Baum-Baur

CDU

Dr. Thomas Bals

Vertreterin Frau Heidi Berger

Theo Kautzmann

Vertreter Herr Peter Lerch

Sonstige

Heinz Arbitter

entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 820/129/2014
3. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Wirtschaftsplan 2014

Dem Werksausschuss lag die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements Landau vom 30.01.2014 sowie die Anlage „Folgelastenberechnung gem. DIN 18960“ dazu vor.

Diese Sitzungsvorlage und die Anlage ist diesem Teilprotokoll als Anlage beigelegt.

Der Vorsitzende erklärte, dass die grundsätzliche Planung bereits besprochen wurde und es sich jetzt nur noch um die Idee einer unabhängigen Energieversorgung über ein Blockheizkraftwerk handle. Die unabhängige Energieversorgung sei wirtschaftlicher und die Vorteile würden überwiegen.

Herr Götz erläuterte die Sitzungsvorlage und erklärte, dass natürlich niemand über die hohen Mehrkosten erfreut sei, aber es eine sinnvolle wirtschaftliche und nachhaltige Investition sei.

Für die Kühlung und den Strom fallen jährlich circa 120.000 € an Betriebskosten an. Das Blockheizkraftwerk würde eine günstigere Herstellung von Strom und Kälte garantieren. Man könne somit rund 27.000 € jährlich einsparen. Die Anlage kostet circa 280.000 € und hätte sich daher in etwas mehr als 10 Jahren amortisiert.

Zudem können 30 Tonnen Co² jährlich gespart werden.

Frau Schröer erklärte, dass sie den Gedanke an sich positiv finde, allerdings die Kalkulation nicht nachvollziehen kann. Sie fragte nach, ob Wärme bzw. Energie an Dritte verkauft werde oder ob man rein den Eigenbezug spare.

Herr Götz antwortete, dass man die für das Rechenzentrum nicht benötigte Wärme auch in den Nahwärmeverbund des Rathauses einspeisen könne und man spare natürlich auch die Kosten der Energielieferung für das Rechenzentrum, da der produzierte Strom selbst verbraucht wird.

Herr Marquardt erklärte, dass er Probleme mit der Dringlichkeit der Planung habe. Im Oktober/November letzten Jahres wurde erst festgestellt, dass ein Rechenzentrum benötigt werde. Mittlerweile sei man bei 700.000 € Gesamtkosten. Er werde deshalb der Sitzungsvorlage aufgrund der zu schnellen Planung nicht zustimmen.

Zudem fragte er nach, wie die Schulleitung des Otto-Hahn-Gymnasiums zu dem Bau stehe.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Grundsatzdiskussionen bereits geführt sei und erläutert worden sei, warum diese Dringlichkeit bestehe.

Herr Götz antwortete, dass die DV-Abteilung die Dringlichkeit vorgibt. Die Schulleitung des Otto-Hahn-Gymnasiums sehe keine Probleme.

Herr Lerch fragte nach, wer auf die Idee des Blockheizkraftwerkes gekommen sei.

Herr Götz antwortete, dass die Idee von Herr Kasprzyk, Energiemanager des Gebäudemanagements und den Rechenzentrumsplanern gekommen sei.

Herr Lerch fragte weiter nach, ob nicht der Stadtrat bei überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 353.000 € über die Maßnahme beraten müsse.

Herr Götz antwortete, dass in der Satzung des GML geregelt sei, dass der Werksausschuss originär für diese Entscheidungen zuständig sei. Nach dem Eigenbetriebsrecht habe der Werksausschuss das abschließende Recht solche Punkte zu entscheiden. Zudem habe der Stadtrat dem Projekt bereits zugestimmt. Wie bereits erklärt, habe man erheblichen Zeitdruck bei diesem Projekt und deshalb könne nicht mehr bis zum nächsten Stadtrat gewartet werden. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion versuche alles noch in die Haushaltsgenehmigungen aufzunehmen und die



Förderung müsse beantragt werden. Dies könne aber nur dann erfolgen, wenn die Unterlagen rechtzeitig vor dem 6. März 2014 der ADD vorliegen.

Herr Eichhorn schlug vor, dass der Hauptausschuss in der nächsten Sitzung in der kommenden Woche darüber beraten solle.

Herr Götz antwortete, dass der Hauptausschuss kein Gremium sei, das über Angelegenheiten des Gebäudemanagements entscheiden könne.

Frau Schröer fragte nach, ob man nicht bei der Energieagentur nach Ideen oder Ergänzungen fragen könnte, da es sich um besondere Geräte und eine besondere Situation handle. Herr Götz antwortete, dass dies auch in der Kürze der Zeit sehr schwierig sei.

Herr Schlimmer schlug vor, dass der Werksausschuss heute über die Sitzungsvorlage beschließen sollte, damit ein formal richtiger Beschluss vorliege. Der Hauptausschuss solle dann nächste Woche nochmals über die Angelegenheit entscheiden. Der ADD könne man ein vorläufiges Ergebnis mitteilen und nach dem Hauptausschuss dann das Endergebnis, so gehe wenig Zeit verloren.

Herr Doll fragte nach, ob gewährleistet sei, dass das Rechenzentrum in der Zukunft noch erweiterbar sei.

Herr Götz antwortete, dass das Rechenzentrum bereits jetzt schon Erweiterungsflächen vorsehe. Zudem sei eine modulhafte Erweiterung in der Zukunft möglich.

Herr Eichhorn merkte an, dass er die Sitzungsvorlage an sich schlüssig und verständlich finde und auch inhaltlich zustimmen werde, allerdings sollte man die Sitzungsvorlage nochmals im Hauptausschuss behandeln.

Frau Schröer merkte nochmals an, dass sich die Fachberater der Energieagentur nochmals mit dem Thema befassen sollten.

Es wurde sich geeinigt, dass der Werksausschuss heute vorberatend über die Sitzungsvorlage beschließen und der Hauptausschuss dann in der nächsten Sitzung abschließend darüber berät.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, lies der Vorsitzende abstimmen. Der Werksausschuss stimmte einstimmig gemäß der Sitzungsvorlage dem Beschlussvorschlag zu.

Beschlussvorschlag:

Der Werksausschuss stimmt der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Wirtschaftsplan 2014 in Höhe von 353.000 EURO für die Herstellung des Rechenzentrums der Stadt Landau inklusive Blockheizkraftwerk im Otto-Hahn-Gymnasium zu.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verschiedenes

Baugebiet „Am Bürgergraben“

Der Vorsitzende erklärte, dass von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die Aussage getroffen wurde, dass das Areal so bebaubar ist. Allerdings seien Auffüllungen und damit Altlasten gefunden worden. Es handle sich um den sogenannten Weltkriegsschutt und daher ist die Bebauung nur statthaft, wenn zwischen Schutt und Nutzung 60 cm Boden liegen. Aus diesem Grunde sei man nun dabei Höhenvermessung vorzunehmen. Es sei nicht das komplette Gebiet betroffen, sondern es handle sich um das Gebiet, auf dem die Bauplätze entstehen sollen, den Innenplatz im Bereich der Schwedenhäuser, sowie die 3 Schwedenhäuser südlich des bereits bebauten Gebietes. Diese Bereiche



sollen soweit möglich aufgefüllt werden. Weiterhin werde mit Hilfe von Bildauswertungen nach Blindgängern gesucht.

Die Bauherren seien alle damit einverstanden, dass auf einen Keller verzichtet werden müsse und man dafür 2-geschossig bauen könne. Die Dachform werde man nicht vorschreiben, da könne sich die Bauherrengemeinschaft selbst einig werden.

Herr Schlimmer erklärte weiterhin, dass am vergangenen Montag sehr positive Gespräche mit den zukünftigen Bauherren stattgefunden haben. Auch die Bewohner der Schwedenhäuser seien eingeladen worden und den Mietern wurde erklärt, dass die Häuser bestehen bleiben und nur im Innenbereich und im südlichen Bereich gearbeitet werden müsse. Man wolle sich zudem direkt vor Ort treffen, um die Gestaltung des Innenplatzes gemeinsam zu planen.

Herr Lerch fragte nach, ob es nochmals einen abschließenden Bericht im Stadtrat geben werde.

Herr Schlimmer antwortete, dass es einen Bericht geben werde, wenn alle Kosten und Änderungen ermittelt werden konnten.

Frau Schröer fragte nach, ob aus dem Gutachten eine Gefahr für das Grundwasser hervorgeht.

Der Vorsitzende antwortete, dass keine Gefahren für das Grundwasser bestehen.

Herr Doll fragte nach, warum der Innenbereich ausgetauscht werden muss.

Der Vorsitzende antwortete, dass der Innenbereich mit demselben Material wie der vordere Bereich aufgefüllt wurde.

Frau Schröer fragte nach, wo das abgetragene Material entsorgt werde und wie hoch die Kosten dafür sind.

Herr Götz antwortete, dass es auf jeden Fall auf der Deponie entsorgt werden müsse, über die Kosten könne man jetzt noch keine Aussage treffen.

Herr Marquardt merkte an, dass man bereits vor Baubeginn den Boden nach Altlasten hätte überprüfen müssen. Man hätte doch gewusst, was dort früher alles geschehen sei.

Der Vorsitzende erklärte, dass beim Altlastenkataster des Umweltamtes keine Aufzeichnungen über das Gebiet vorlagen und es daher keinen Grund zur Untersuchung gab.

Herr Götz erklärte, dass keine mineralöhlhaltigen Ablagerungen gefunden wurden.



Die Niederschrift über die 29. Sitzung des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb der Stadt Landau in der Pfalz am 05.02.2014 umfasst 7 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 18.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer

Katharina Jung
Schriftführer